

Volker Kronenberg

Adenauers Arkanpolitik

Erhard, Volker, Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962.

Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2003, 287 Seiten, 88 Euro.

So unumstritten heute die politische Größe Konrad Adenauers als ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland und so anerkannt seine konsequente „Westbindung“ als Staatsräson der Bonner Republik auch sein mögen, hinsichtlich der deutschlandpolitischen Dimension der Adenauer-Politik besteht bis heute in Öffentlichkeit und Forschung kein Konsens.

Tatsache ist, dass am Ende seiner Kanzlerschaft die Wiedervereinigung Deutschlands nicht näher gerückt war als bei seinem Amtsantritt 1949, im Gegenteil: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 zementierte – realiter wie symbolisch – die deutsche Teilung. Es waren

Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger und vor allem Willy Brandt, die einen deutschlandpolitischen Wandel vollzogen. Sie akzeptierten den politischen Status quo in Europa – zunächst in „kleinen Schritten“ – und initiierten eine Entspannungspolitik gen Osten, die schließlich in den Ostverträgen von 1970 sowie im Grundlagenvertrag von 1992 gipfelte. Wenn auch nicht „de jure“, „de facto“ erkannte Bonn zu Beginn der siebziger Jahre die DDR als zweiten Staat auf deutschem Boden an. Ein revolutionärer Fortschritt, der unter Adenauer undenkbar gewesen wäre. Wie aber verhält es sich dann mit jener als „Arkanpolitik“ apostrophierten deutschlandpolitischen Geheimpolitik Adenauers?

Was die Westmächte wussten

Die vorliegende Monografie des Bonner Historikers und Diplomaten Volker Erhard knüpft an diese Frage insofern an, als sie

die deutschlandpolitischen Geheimkonzepte Konrad Adenauers während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962 erneut in das historiografische Bewusstsein ruft, die sich mit den Stichworten „Österreich-Lösung“, „Globke-Plan“ beziehungsweise „Burgfriedensplan“ verbinden. Genauer: Der Autor richtet sein Erkenntnisinteresse auf die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik, die auch nach dem Deutschlandvertrag von 1952 Vorbehaltsrechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes besaßen und im Verbund mit der Sowjetunion für eine Regelung der deutschen Frage zuständig blieben. Wussten Washington, London und Paris, dass Adenauer dem sowjetischen Botschafter Smirnow im März 1958 wenig verblümt vorgeschlagen hatte, der DDR den Status Österreichs zu geben? Wussten und vor allem protegierten sie diplomatische Avancen Bonns gegenüber Moskau, die der offiziell vertrete-

nen Deutschlandpolitik der Bundesregierung diametral entgegenstanden? Weil sich in den vergangenen Jahren die Archive in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich weitgehend geöffnet haben, vermag der Autor eine eindeutige Antwort zu formulieren: „Immer dann, wenn die Alliierten von der Arkanpolitik Adenauers Kenntnis erlangten, wurde diese nicht etwa begrüßt, sondern letztlich mindestens skeptisch, wenn nicht gar offen ablehnend betrachtet. Zu einem Aufgreifen der Arkankonzepte durch die Westverbündeten kam es genauso wenig wie zu Versuchen, sie zu beeinflussen.“

Realitätsferne

Erhard nennt vor allem zwei Gründe für das Scheitern der Geheimdiplomatie Adenauers. Zum einen besaßen die Ideen aus westlicher Sicht angesichts der sowjetischen Interessenlage keinerlei Realisierungschance, und zum anderen zweifelten die westlichen Regierungen an der Authentizität der ihnen auf verschiedensten diplomatischen Kanälen bekannt gewordenen Ideen beziehungs-

weise an deren Unterstützung durch Adenauer. Beispiel „Globke-Plan“: Während dieser Plan der britischen, französischen und amerikanischen Diplomatie nie offiziell zur Kenntnis gebracht wurde, erschienen die einzelnen, lückenhaft und inoffiziell nach Washington lancierten Bausteine jenes Plans – der Stillhaltegedanke, die Erwägung einer De-facto-Anerkennung der DDR von Seiten der Bundesrepublik im Gegenzug für eine Liberalisierung Ostdeutschlands sowie eine Freistadt-Lösung für Berlin – dort als verhandlungsuntauglich angesichts der östlichen Interessenlage. Auch die Bedingung des so genannten „Grewé-Plans“, dass sich die DDR vor einer De-facto-Anerkennung durch die Bundesrepublik liberalisiert haben müsse, worüber allein Bonn zu befinden hätte, schätzten die westlichen Administrativen als realitätsfern ein. Während sich die westlichen Regierungen einen Status quo wahren den Modus vivendi für Berlin und Deutschland wünschten und entsprechend auf die aus ihrer Sicht hierfür notwendigen Konzessionen, spricht: De-

facto-Anerkennung der DDR und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ohne Vorbedingungen, drängten, war Adenauer dazu aber gerade nicht bereit.

Kein politischer Spielraum

Die vorliegende fundierte Archiv-Studie Volker Erhards zeigt, dass Adenauer durchaus bemüht war, angesichts der deutschlandpolitischen Erstarrung Ende der fünfziger Jahre mutige Initiativen zu deren Überwindung zu ergreifen. Doch vor allem lässt sie keinen Zweifel daran, wie eng der außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik auch nach In-Kraft-Treten des Deutschlandvertrages war und wie sehr die Deutschlandpolitik der alliierten Prärogative vorbehalten war. Rapallo-Ängste waren es nicht, die Washington, London und Paris in ihrer distanzierten Haltung gegenüber einer Adenauerschen Arkanpolitik bestimmten. Eher war es die nüchterne Logik der Macht im Konflikt des Kalten Krieges der großen Mächte, die Adenauers Pläne und Sondierungen zur Makulatur machte.